



STADT & LAND

Nachrichten und Meinungen
aus Tittmoning

Aus dem Inhalt:

Kronleuchter

Bildungsgerechtigkeit
statt Leistungsdruck

Eine eigenständige
Energieversorgung für
Tittmoning?

Unsere Kandidaten

für den Landtag:
Sepp Parzinger
Markus Aicher

für den Bezirkstag:
Daniela Baumann
Michael Reiter

Ausbau der B20
nördlich Tittmoning

Energiewende in Bayern:
Die „Jahrhundertchance“
an der Salzach ist eine
Nullnummer der CSU



Kronleuchter

Grad strahlen tut er, der Kronleuchter im Sitzungssaal. Er hat vor einer Weile moderne LED-Lampen gekriegt statt der energiefressenden Glüh-Kerzen. Jetzt leuchtet er im opfervollen Dienst für die Demokratie strahlend hell bis ins letzte Winkelchen. Keiner soll sagen, an ihm tät es liegen, wenn sich Dunkel-männer oder Finsterfrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung einschleichen wollten. Wobei er sich für den Stadtrat, in dem alle Männer und Frauen fürs Wohl der Stadt eintreten und nicht für den eigenen Vorteil, gar nicht so anstrengen müsste.

Viel höher hängen und noch viel heller strahlen müsste er, wenn er ganz Bayern erleuchten wollte. Weil das freistaatliche Linienschiff über den politischen Ozean (eigentlich ist es eher ein politischer Chiemsee) ganz schön Schlagseite bekommen hat. Auf der rechten Seite haben sich alle Enttäuschten, Gierigen und Verhetzten versammelt und schauen sehnsüchtig nach einfachen Lösungen. Bayern soll groß und reich werden, sie haben es sich mit Arbeit und Wohlverhalten verdient. Dem verengten Blick bleibt verborgen, was sich an Fremden-, Menschen- und Verfassungsfeinden hinter der spiegelnden Fassade am Ufer gesammelt hat und endlich dreinschlagen möchte.

Auf der anderen Seite halten sich die ehrlich um lebenswerte Zukunft Bemühten am Geländer fest und blicken in die Richtung, in der sie (sehr fern, aber erreichbar) Frieden, soziale Gerechtigkeit und natürliches Gleichgewicht sehen. Im Vergleich zu den Versprechungen der falschen Seite sind ihre Lösungen anspruchsvoll und komplex. Das lässt sich nicht vermeiden, weil auch die Probleme tiefgreifend und komplex sind. Darum scheuen ja immer mehr Passagiere die Mühe und meinen, „die Schauer bringen auch nix zsmamm, dann mach ma s uns lieber einfach“. Wodurch die Schlagseite immer ärger wird.

Liebe Leserinnen und Leser, Bayern ist kein Schiff und die Politik ist weder ein Chiemsee noch ein Meer. Bayern ist ein festes Land, in dem anständige Leute wohnen, Leute mit Selbstbewusstsein und Tradition, aber auch mit der nötigen Offenheit für Neues, wo immer es herkommt. Sie befassen sich gründlich mit Technik, nutzen Chancen und vermeiden Risiken, denken wirtschaftlich und opfern deshalb die Natur nicht für Gewinne, die ihnen nicht bleiben. Sie lassen Geringverdiener nicht in würdeloser Not darben, sondern sorgen für Teilhabe am Wohlstand. Sie beherbergen Flüchtlinge und sind froh um ihre Fähigkeiten. Sie investieren in lebenslanges Lernen, weil Wissen der wichtigste Rohstoff ist für ein erfolgreiches Land. Und sie gehen wählen, weil sie die Demokratie schätzen und genau wissen, welche Parteien dafür eintreten.

Impressum

STADT & LAND erscheint unregelmäßig und bringt Informationen und Meinungen zur Tittmoninger Kommunalpolitik.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Tittmoning

Redaktion:

Dirk Reichenau
Josef Wittmann
Rainer Schmid
Sabine Muths

Fotos:

Rolf Seiffert und Redaktion

V.i.S.d.P.: Dirk Reichenau
Staufenweg 3
84529 Tittmoning
Layout: Christian Günther
Ausgabe: September 2023
Auflage: 2.300 Stück



Bildungsgerechtigkeit statt Leistungsdruck

Noch immer sind die Bildungschancen in Bayern ungleich verteilt. Zwischen Mädchen und Jungen, arm und reich, Familien mit und ohne Migrationshintergrund, Stadt und Land. Wir als SPD stellen uns dem entgegen und fordern gleiche Bildungschancen für alle. Um beste Bildung für alle zu ermöglichen, müssen wir ausreichend Lehrerinnen und Lehrer haben, den guten Ganztags zügig ausbauen, Inklusion an den Schulen vorantreiben und dafür sorgen, dass jedes Kind mit einem digitalen Arbeitsgerät ausgestattet ist. Es gibt so viel zu tun, packen wir's an!

Was wir als SPD fordern:

Lehrkräftemangel wirksam bekämpfen

An Bayerns Schulen fehlen derzeit rund 4000 Lehrer:innen. Immer mehr Unterricht fällt aus. Schüler:innen können oft nicht mehr optimal gefördert werden. Damit stellt der Lehrkräftemangel eine Gefahr für den Bildungs- und in der Folge auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland dar.

Wir als SPD wollen den Lehrkräftemangel bekämpfen und haben dazu ein umfassendes Maßnahmenpaket geschnürt. Wir fordern gleiche Bezahlung für Lehrkräfte aller Schularten, ein attraktiveres Referendariat für Quereinsteiger:innen und eine intensive Begleitung von Quer- und Seiteneinsteiger:innen auf dem Weg ins Lehramt. Wir müssen unsere Lehrkräfte zudem wirksam entlasten: durch gemeinsames Unterrichten in multiprofessionellen Teams (siehe nächster Absatz) und durch mehr Verwaltungskräfte und Systemadministrator:innen, die den Lehrkräften viele organisatorische Aufgaben abnehmen. Zudem setzen wir uns für mehr Lehramtsstudienplätze und bessere Studienbedingungen ein. So gewinnen wir mehr Menschen für das Lehramt und halten sie dauerhaft.

Gleiche Bildungschancen für alle

Für echte Bildungsgerechtigkeit müssen unsere Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden. Erzieher:innen, Sozialpädagog:innen, Psycholog:innen und weitere Berufsgruppen sollen gemeinsam mit den Lehrer:innen den Unterricht gestalten und so jedes Kind noch individueller fördern. Bildungschancen verbessern sich auch durch bessere Deutschkenntnisse. Deshalb fordern wir gut ausgestattete Sprachlernklassen in allen Schularten. Statt unnötigem Stress in der vierten Klasse durch das Übertrittszeugnis soll der Elternwille beim Wechsel in eine weiterführende Schule entscheiden. Denn Eltern kennen ihr Kind und können mit Beratung durch die Lehrkraft am besten entscheiden.

Guter und kostenloser Ganztags

Guter Ganztags stärkt die Gerechtigkeit im Bildungssystem. Denn Ganztagschulen bieten bessere Chancen für Entwicklung und Lernfortschritt, da Schwächen früher erkannt und behoben werden können. Zudem entlasten Ganztagsangebote Eltern und unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit. Wir als SPD haben lange für den bundesweit ab August 2026 geltenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz an Grundschulen gekämpft. Jetzt setzen wir uns für den zügigen Ausbau von Ganztagsplätzen ein und dafür, dass die Weichen für ein Ganztagsangebot auch an den anderen Schularten gestellt werden. Und zwar kostenlos für alle Schüler*innen.

Bildung darf nichts kosten – für eine zeitgemäße Lernmittelfreiheit

Wir wollen, dass alle Kinder, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, beste Bildung erhalten. Deswegen gilt für uns: Kostenfreie Bildung von der KiTa bis zum Master oder Meister. Bildungsgebühren lehnen wir ab und stehen für volle Lernmittelfreiheit, insbesondere auch bei digitalen Endgeräten. Auch Lehrkräfte sollen regelmäßig mit Dienstgeräten ausgestattet werden. Allgemein werden wir die Digitalisierung der Schulen vorantreiben, indem wir die kommunalen Träger durch ein entsprechendes Förderprogramm unterstützen.



Eine eigenständige Energieversorgung für Tittmoning?

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde der Bebauungsplan für das neue Baugebiet „Kay-Mitte“ im Stadtrat diskutiert. Einschließlich einer kommunalen Wärmeversorgung. Da neue Häuser energieeffizient sein müssen, wäre ein eigenes Wärmenetz und ein entsprechender Anschlusszwang für die neuen Hausbesitzer erst einmal für die Stadt nicht wirtschaftlich. Die Anregung der SPD-Fraktion, diese Wärmeversorgung im neuen Baugebiet als Grundlage für alle angrenzende Bebauung auszubauen, verfiel im Stadtrat nicht, da die ganz große Mehrheit nicht gewillt war, im Rahmen eines eigenen Stadtwerks (oder anderer Trägerformen) tätig zu werden.

Für das neue Baugebiet vor den Mauern der Tittmoninger Altstadt, dem ehemaligen Brückner-Gelände, wird wieder eine Entscheidung nötig sein. Im Ziel hatte man sich darauf geeinigt, am Standort des neuen Bauhofs ein Wärmekraftwerk zu errichten, welches das gesamte Untere Burgfeld einschließlich Industrie und Brücknergelände versorgen kann. Energiequelle Holz, später einmal Geothermie, wenn das Regionalwerk Rupertiwinkel-Chiemgau jemals erfolgreich in Haus bei Taching handeln sollte.

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde vor der Kommunalwahl eine Demonstration abgehalten, auf der einige die heute verantwortlichen Stadträte und Bürgermeister als Redner auftraten und dem anwesenden Wahlvolk nach dem Mund redeten, wie gefährlich die Geothermie doch sei. Das hört sich natürlich heute anders an. Nun will man mit den angrenzenden Gemeinden verantwortungsvoll handeln – für Klimaschutz durch die Nutzung erneuerbarer Energien. Warum erst jetzt?

Auch der Ausbau der Stromversorgung mittels Photovoltaik auf den Dächern Tittmonings stockt; das Bayernwerk ist nicht gewillt und in der Lage, ihren Netzausbau voranzutreiben, damit jenseits der 30 Kilowatt Eigenstromproduktion im Netz Energie abgenommen werden kann.

Was tun andere Kommunen in dieser Situation? Das Stichwort ist Autarkie, also die eigenständige, eigenverantwortliche sowie hundertprozentige Energieversorgung mit Strom und Wärme vor Ort.

Einige Beispiele:

● **St. Peter im Schwarzwald** (2.700 Einwohner) betreibt sechs Windkraftanlagen im Besitz einer Ökostromgruppe, die Gemeinde besitzt eigene

PV-Anlagen, ein Wasserkraftwerk sowie ein Blockheizkraftwerk, welches über 90% des Wärmebedarfs im Ortskern deckt, betrieben durch eine Energiegenossenschaft.

● **Ascha** (2.000 Einwohner) ist die Bioenergiekommune 2016 (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft), betreibt ein PV-Großfeld mit 2,5 ha, ein Bürgersolarwerk auf der Mehrzweckhalle, Solarthermie an öffentlichen Gebäuden und Holzvergaser-BHKW. Darüber hinaus gibt es die Nahwärme Ascha GmbH, einen Zusammenschluss von sechs ortsansässigen Landwirten.

● **Wilpoldsried im Allgäu** (2600 Einwohner): Windkraftanlage in Bürgerhand, Photovoltaik auf kommunalen Dächern, Nahwärmenetz mit Biogaswärme.

● **Peißenberg** (12.675 Einwohner): „Klimaaktive Kommune 2021“ (Wettbewerb), energieautarke Kläranlage.

● **Fuchstal-Leeder** (3.451 Einwohner): Bioenergiekommune 2019 (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft): Bürgerwindpark (vier Windräder für 24 Mio. kWh Strom fürs öffentliche Netz), Anlage zur Speicherung von überschüssigem Strom und Wärme (3-MW-Batteriespeicher und 5.000 m³ Pufferspeicher „Wärmepf“), Regionalstromvermarktung und Betreiber mehrerer E-Ladesäulen.

Interessante **weitere Beispiele** gibt es in Radolfzell (OT Möggingen), Schönau im Schwarzwald, Neustrelitz (Mecklenburg), Großbardorf, Iffeldorf, Effeltr (alle Bayern), Mengsberg (Hessen) oder Feldheim in Brandenburg.

In **Tittmoning** hat der Stadtrat einen Arbeitskreis eingerichtet, dessen Vorsitzender Albert Schauer (FW) sehr engagiert ist. Darüber hinaus tut sich der Stadtrat schwer mit Entscheidungen, wie etwa ein Sondergebiet für größere Biogasanlagen für Landwirte einzurichten, die über die traditionelle Landwirtschaft hinausgehen und bezüglich der Produktion und Vermarktung von erneuerbarer Energie etwas weiterdenken. Wenn Klimaschutz und Energiewende in Tittmoning nicht nur in Sommerinterviews des Ersten Bürgermeisters und Sonntagsreden stattfinden sollen, dann braucht es ein eigenes Stadtwerk, welches Produktion und Verteilung von erneuerbaren Energien im Rahmen eines Regiebetriebs oder über den städtischen Haushalt in die Hand nimmt. Wenn wir auf das Bayernwerk oder das angeordnete Regionalwerk warten wollen, dann findet die Energiewende ohne Tittmoning statt.



Ihre Zweitstimme für den Landtag

Wahlvorschlag Nr. 5 (SPD), Platz 3

Sepp Parzinger

Sozialarbeiter, Bergen

Als gelernter Bankkaufmann und studierter Sozialarbeiter aus Bergen, Sohn einer Arbeiterfamilie, setze ich mich für die Belange der einfachen Leute ein. Mein Ziel ist es, ein gutes Leben von der eigenen Arbeit zu ermöglichen, eine Familie zu gründen, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen und eine sichere Altersvorsorge zu gewährleisten.

Wir brauchen eine starke Wirtschaft und den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze, insbesondere in unserem Chiemdreeck. Hierzu gehört eine koordinierte Arbeitsmarktpolitik, die auch Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften einbezieht.

Unser Gesundheitssystem muss besser werden. Lange Wartezeiten und finanzielle Belastungen für Pflegebedürftige und ihre Familien sind nicht akzeptabel. Ich trete für einen starken Sozialstaat ein, der in schwierigen Lebenslagen hilft. Für soziale Gerechtigkeit und Solidarität - für das gute Leben.

Arbeit & Wirtschaft

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen. Darum trete ich ein für eine starke Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze schafft und ordentliche Löhne bezahlt.

Jeder Mensch sollte von seiner eigenen Arbeit leben können. Das ist für mich eine der wichtigsten Grundüberzeugungen und warum ich politisch aktiv geworden bin. Gerade jetzt ist es wichtig, dass wir für eine starke Wirtschaft und eine Zukunft der Industrie-Arbeitsplätze im Chiemdreeck und in der gesamten Region kämpfen. Dafür brauchen wir endlich eine koordinierte Arbeitsmarktpolitik, die neben den Unternehmensführungen und Arbeitgeberverbänden auch die Betriebs- und Personalräte, die Mitarbeitervertretungen sowie die Gewerkschaften bei der Sicherung und Schaffung von guten Arbeitsplätzen in der Region beteiligt.

Meine Forderungen

- Ein Faires-Lohn-Gesetz, das dafür sorgt, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tariflohn zahlen.
- Ein Transformationsnetzwerk für jede bayerische Region, um Arbeitgeber*innen, Beschäftigte, Zivilgesellschaft und Politik gemeinsam an einen Tisch zu bringen, um die Zukunft der Arbeitsplätze in der Region voranzubringen.
- Ein Arbeits- und Transformationsministerium, um die Zukunft von guten Arbeitsplätzen in Bayern endlich in den Mittelpunkt zu stellen und langfristig zu planen.
- Einen regionalisierten Energieplan für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien für die Region, um die Energieunabhängigkeit der Region und ganz Bayerns von Kohle, Atom und Gas schnellstmöglich zu schaffen.
- Ein Fachkräfteförderungsplan, in dem wir die duale Ausbildung unter anderem durch gute Entlohnung und attraktive Ausbildungsbedingungen in Berufsschule und Betrieb, durch einen Anspruch auf Bildungsurlaub sowie durch moderne Weiterbildungskonzepte fördern.

Diese Erfahrungen bringe ich mit

Als hauptamtlicher Gewerkschafter ist der Kampf für gute Löhne, gute Arbeits- und Ausbildungsplätze mein Alltag. Ebenso setze ich mich hierfür ehrenamtlich als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Rosenheim und als Mitglied des Berufsbildungsausschusses der IHK für München und Oberbayern ein. Politisch lag mir der Themenbereich der dualen Ausbildung immer besonders am Herzen. Als stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender durfte ich die inzwischen bundesweit gültige gesetzliche Mindestausbildungsvergütung gegen parteiinterne und vor allem externe Widerstände durchsetzen.

Viel zu oft passiert es, dass bei wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen ausschließlich die Gewinninteressen der Unternehmen von den politischen Entscheidungsträger*innen gehört werden. Um den normalen Beschäftigten und ihren Vertretungsorganen im Kampf für gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze in der Politik eine Stimme zu geben, trete ich an.

Gesundheit, Pflege & Soziales

Menschen müssen Vorrang haben vor Profiten. Das gilt im Gesundheitsbereich noch mehr als in allen anderen Bereichen. Darum kämpfe ich für ein starkes öffentliches Gesundheitssystem und gute Bedingungen in der Pflege.

Eine gute Gesundheitsversorgung ist für alle wichtig – vom Säugling bis zur Seniorin. Schon vor der Corona-Pandemie waren Mängel im Gesundheitssystem klar erkennbar, in den vergangenen zwei Jahren sind sie aber noch einmal deutlicher geworden. In vielen Fachbereichen betragen die Wartezeiten für einen Termin beim Arzt mehrere Monate. Das muss sich ändern, damit den Menschen lange Leidenszeiten erspart bleiben und jede Person unabhängig von ihrem Versicherungsstatus die medizinische Behandlung erfährt, die sie braucht. Auch wer Pflege benötigt, sollte diese unbürokratisch bekommen, ohne dass er oder seine Angehörigen davon finanziell überbelastet werden. Der Einsatz für einen starken Sozialstaat ist in meinen Augen daher ein sozialdemokratisches Kernprojekt, damit Menschen in schwierigen Lebenssituationen bestmöglich unterstützt werden.

Meine Forderungen

- Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Sämtliche Investitionskosten müssen durch den Freistaat übernommen werden. Das Ziel von Gesundheitsversorgung darf nicht maximaler Profit sein, sondern muss immer das Wohl der Patient*innen in den Mittelpunkt stellen.
- Die medizinische Versorgung durch Fachärzte in unserer Region muss sichergestellt werden. Niemand darf auf einen Platz zur Untersuchung, Therapie oder Vorsorge länger als drei Wochen warten müssen. Ebenso müssen Präventionsangebote flächendeckend ausgebaut werden.
- Die Arbeitsbedingungen von medizinischem Personal und insbesondere von Pfleger*innen müssen deutlich verbessert werden. Schichtarbeit, hohe körperliche und psychische Belastung führen aktuell dazu, dass immer mehr Pfleger*innen ihren Beruf aufgeben und somit über 10 000 Pflegekräfte an bayerischen Krankenhäusern fehlen. Durch deutlich attraktivere Arbeitsbedingungen gelingt es uns, wieder mehr Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern.
- Wir entlasten pflegende Angehörige und sorgen dafür, dass niemand aufgrund von eigener Pflegebedürftigkeit oder der Pflegebedürftigkeit eines Angehörigen zu stark finanziell belastet wird.
- Das Thema Psychische Gesundheit muss in der Politik eine viel höhere Priorität haben. Hierbei müssen eine flächendeckende Versorgungsinfrastruktur mit geringeren Wartezeiten sowie flächendeckende Prävention in Schulen und Betrieben stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.
- Unsere Gesellschaft muss inklusiv sein, damit alle teilhaben können. Der Freistaat muss hier Vorreiter sein bei Barrierefreiheit und Inklusion ins gesellschaftliche Leben.
- Altersarmut in Bayern muss abgeschafft werden. Hierbei ist für mich klar, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, von ihrer Rente leben können müssen. Ebenso brauchen wir einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen, denn viel zu viele Menschen leben in Armut, weil sie die ihnen zustehende Leistungen aus Unwissenheit oder Scham nicht in Anspruch nehmen können oder wollen.

Diese Erfahrungen bringe ich mit

Bereits im Kindesalter habe ich mitbekommen, wie meine Eltern die Pflege meiner pflegebedürftigen Großeltern übernommen haben und wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem und die Unterstützung von pflegenden Angehörigen hierbei ist. Als ich nach meiner Berufsausbildung einen Bundesfreiwilligendienst bei den Maltesern in den Bereichen Essen auf Rädern, Hausnotruf und Fahrdienst absolvierte, wurde mir dies in meinem Leben ein zweites Mal richtig bewusst. Dies hat mich dann auch dazu angespornt, ein Studium als Sozialarbeiter zu absolvieren, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Dies mache ich auch derzeit neben meinem politischen Engagement u.a. als Vorsitzender des VDK Ortsvereins Bergen-Vachendorf, als Vertreter der Versichertenseite im Beirat der AOK Rosenheim sowie als Beiratsmitglied in den Jobcenterbeiräten im Landkreis Traunstein und dem Berchtesgadener Land.

Politisch steht der Einsatz für einen starken Sozialstaat sowie ein starkes Gesundheitssystem schon seit jeher im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. Für die BayernSPD durfte ich als zuständiges Landesvorstandsmitglied die Arbeitsgruppe für eine neue Grundsatzpositionierung zum Thema Gesundheit und Pflege im Jahr 2020 und (gemeinsam mit MdB Bernd Rützel) die Programmgruppe zur Erarbeitung des Sozialteils des SPD-Landtagswahlprogramms leiten. Im Landtag möchte ich meine vielfältigen Erfahrungen im Themenbereich Gesundheit, Pflege und Soziales in den Gesetzgebungsprozess mit einbringen und so das Leben vieler Menschen ein Stück weit leichter machen.



Markus Aicher
Kinderpfleger, Oberteisendorf
**Erststimme Landtagswahl Stimmkreis
Berchtesgadener Land 112**
Wahlvorschlag Nr. 5 (520)

Markus Aicher (37) ist staatlich geprüfter Kinderpfleger und arbeitet beim Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt Ebersberg als Springer in 20 Kinderhäusern (Krippe, Kindergarten, Hort). Wenn Stellen nicht besetzt sind, ist er dran.

Markus wurde von den ca. 450 Beschäftigten bei der AWO Ebersberg 2022 als Betriebsratsvorsitzender gewählt. Er ist aktives Gewerkschaftsmitglied, Mitglied der Tarifkommission der Bayerischen AWO, Schriftführer beim SPD-Kreisverband BGL sowie im SPD-Landesvorstand Vertreter der Arbeitsgemeinschaft „queer“, also Vertreter der Lesben und Schwulen in der bayerischen SPD.

Bildung fällt in die Zuständigkeit der Länder. Leider ist in Bayern über viele Jahre aus ideologischen Gründen gespart und das Angebot künstlich klein gehalten worden. Insbesondere in der frühkindlichen Bildung und Betreuung ist der Fachkräftemangel groß. In den nächsten Jahren werden ca. 40.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Zusätzlich steigen viele Kolleg*innen nach wenigen Jahren wegen der extremen Belastungen aus dem Beruf aus. So wird Bayern seinem Betreuungs- und Bildungsauftrag nicht gerecht werden können. Bildung und Betreuung wird mehr als bisher von dem finanziellen Spielraum der Eltern abhängen.

Es muss Schluss sein mit dieser Art von Regierungsarbeit. Die Rahmenbedingungen in allen sozialen Berufen müssen besser werden. Dafür steht die SPD.

Nicht nur in den großen Städten, sondern auch bei uns im Berchtesgadener Land und Rupertiwinkel sind immer mehr Menschen Opfer von steigenden Mieten, explodierenden Grundstückspreisen und fehlendem Wohnraum. Beim derzeitigen Regierungspersonal aus CSU und FW ist der Wille, die Rahmenbedingung zu verbessern, seit Jahrzehnten nicht erkennbar.

Die kommunale Wohnungsförderung muss gestärkt, Bürokratie abgebaut und die Verfahren für neue Wohnungen beschleunigt werden. Es müssen in Bayern endlich Wohnungen gebaut statt nur verwaltet (Stichwort: „Bayernheim“) werden.



Daniela Baumann
Medizinische Fachangestellte, Trostberg
**Zweitstimme Bezirkswahl
Wahlkreisvorschlag Nr. 5, Platz 12 (512)**

Dani Baumann (39) ist med. Fachangestellte in der zentralen Notaufnahme der Kreisklinik in Trostberg und dort Teamleiterin sowie Betriebsrätin. Sie ist Stadträtin in Trostberg, Kulturbeirätin und Fraktionssprecherin der SPD im Stadtrat. Sie steht dem SPD-Ortverein Trostberg vor und ist stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD im Landkreis Traunstein.

Gesundheit geht alle an: Psychische Gesundheit braucht eine höhere Priorität. Flächendeckende Versorgung, kurze Wartezeiten, Prävention an den Schulen, Ausbau stationärer und ambulanter Strukturen zur Qualitätssicherung für Patienten, Angehörige und Arbeitnehmer*innen sollen im Mittelpunkt sozialer Politik stehen.

Es gibt 3,3 Mio. Pflegebedürftige, die von Angehörigen zu Hause gepflegt werden. Nur 1 Mio. haben Unterstützung von Pflegediensten. Die Bürgerversicherung bringt für 1,5 Mio. Menschen ausreichende Krankenversicherung, auch das neue Bürgergeld hilft enorm.

Es gibt im Bezirk schon sehr gute Eingliederungshilfen. Das Projekt: „Pflegefamilien gesucht!“, ambulante Hilfe zur Pflege, Hilfe für Senioren, betreutes Wohnen in Familien, Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung an Schulen, Gewaltprävention in der Behindertenhilfe für Kinder und Jugendliche, „Beratung vor Ort“ durch Beratungsstellen. Sie alle brauchen den Rückhalt durch die Politik. In unseren Krankenhäusern steigen die Fälle kontinuierlich, mehr integrierte medizinische Versorgungszentren könnten trotz Fachkräftemangels Entlastung schaffen.

Die SPD macht viele gute Vorschläge, Bildung und Ausbildung attraktiver zu gestalten, z.B. durch kostengünstige (freie) Wohnungen und Tickets zum Nulltarif für Azubis. Daneben muss es endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz sowie Unterstützung von Unternehmen für die Weiterbildung geben. Unser Mittelstand profitiert vom Tarifreue- und Vergabegesetze der SPD für faire Arbeitsbedingungen, neue Arbeitszeitmodelle und Vereinbarkeit für Familie und Beruf. Dani Baumann steht für das Ehrenamt, weil es ein Grundpfeiler unseres sozialen Lebens ist.



Michael Reiter
Gesundheits- u. Krankenpfleger, Freilassing
**Erststimme Bezirkswahl Stimmkreis
Berchtesgadener Land 112**
Wahlvorschlag Nr. 5 (509)

Michael Reiter (27) ist Krankenpfleger sowie Praxisanleiter im Inn-Salzach-Klinikum Freilassing in der beschützenden Station der Geronto- und Sozialpsychiatrie.

Ehrenamtlich ist er stellvertretender Vorsitzender der SPD im Berchtesgadener Land und ein engagiertes Gewerkschaftsmitglied.

Michaels politische Schwerpunkte, die natürlich auch Schwerpunkte seiner Bezirkstagsarbeit sein werden, ergeben sich zu großen Teilen aus seiner Arbeit in der beschützenden Psychiatrie sowie für die Gewerkschaft Verdi. Es ist ihm wichtig, Probleme wie den Personalmangel in der Pflege anzugehen und für Verbesserungen zu sorgen.

Als Praxisanleiter und Sprecher der lokalen ver.di-Jugend wird Michael als Ansprechpartner aktiv sein, wenn es um Ausbildung geht.

Für die Kolleginnen und Kollegen in der neurologischen Versorgung muss es endlich eine Angleichung in der Eingruppierung des TVöD (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) geben.

Der Bezirkstag hat direkten Einfluss auf die Kulturförderung und verleiht jährlich den oberbayerischen Kulturpreis. Hier muss zukünftig auch „alternative“ Kultur zum Zuge kommen. Daneben ist die Förderung von traditionellen Vereinen ein persönliches Anliegen.

Es sollte mehr öffentliche Kampagnen für das Ehrenamt geben, um dieses aktiv zu stärken. Ehrenamtliche sind Grundpfeiler unseres sozialen Lebens und verdienen die Unterstützung der Kommunalpolitik.

Für Michael Reiter ist Kulturpolitik ebenso wichtig wie Arbeits- und Ausbildungsplätze, Wohnraum und der öffentliche Personenverkehr, zusammengefasst eine verbesserte Strukturpolitik für den ländlichen Raum durch den oberbayerischen Bezirkstag.

Eine Haushaltspolitik, welche Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Kultur, Soziales und Umwelt vorsieht, wird nicht die Zustimmung von Michael Reiter finden.

Geplanter Ausbau der B20 nördlich Tittmoning:

„Strikte Ablehnung ist eine krasse Fehlentscheidung“

Nach einer Planung aus 1993 stellte das Staatliche Bauamt Traunstein im Rahmen einer öffentlichen Stadtratssitzung am 27.04.2023 die Vorentwurfsplanung zum Ausbau der Bundesstraße nördlich von Tittmoning vor. Danach hatte die Stadt Tittmoning alle Anlieger aufgefordert, Stellungnahmen zu dieser Vorstellung abzugeben.

In der Stadtratssitzung vom 13.06.2023 legten der Erste Bürgermeister und seine Verwaltung daraufhin einen Beschlussvorschlag vor, welcher die Vorstellungen des Staatlichen Bauamts in dieser Form rundweg ablehnte. Diskutiert wurde dieser Beschlussvorschlag vorher mit den Stadtratsfraktionen nicht.

Ein grundlegender Fehler

Daher auch die Kritik der SPD: Die teils sicher berechtigten Anliegen der Betroffenen wurden in diesem Beschlussvorschlag eins zu eins übernommen, die zukünftigen Bedürfnisse der Stadt mit Hinblick auf den dringend notwendigen Neubau der B20 nördlich von Tittmoning aber nicht mit einbezogen, ja nicht einmal abgewogen.

Der grundlegende Fehler in den Stellungnahmen der Anlieger wie auch im vorgelegten Stadtratsbeschluss war die Forderung nach einem „bestandsorientierten“ Ausbau. Dem liegt eine Fehlannahme zugrunde, denn der vorliegende Entwurf ist bereits ein bestandsorientierter Ausbau nach dem heutigen Standard und den aktuell geltenden Bauvorschriften. An diese Regeln muss sich die Baubehörde halten. Ein Ausbau „im Bestand“ ist bei den vorhandenen Kurvenradien und Fahrspurbreiten schlicht nicht mehr möglich. Dies kann man auf der Entwurfskarte auch gut erkennen, die ich meinen Kolleginnen und Kollegen vorgehalten habe und die hier abgebildet ist. Aber vernünftigen Sachargumenten waren sie nicht zugänglich

...und der Stadtplatz?!

Angesichts dieser nun vorliegenden Stellungnahme der Stadt frage ich mich, wie wir es überhaupt bis heute zulassen können, dass der Durchgangsverkehr tagtäglich über den steilen Burghauser Berg, durch zwei historische Stadttore und über den historischen Stadtplatz mitten durchs Stadtgebiet führt. Zu dieser Verkehrsbelastung gab es bislang keinen solchen einmütigen Aufschrei meiner lieben Stadtratskolleginnen und -kollegen. Vielleicht sollte man hier einmal die Anlieger zu Stellungnahmen auffordern!

Seit Martin Bambach beim Staatl. Bauamt für uns zuständig ist, ist beim Ausbau des Straßenverkehrsnetzes in Südostoberbayern mehr passiert als all die Jahrzehnte zuvor. Daher ist es unangemessen und politisch unklug, mit einer kompletten Ablehnung der Vorentwurfsplanung einer Behörde, die wir an anderer Stelle für die Stadtentwicklung dringend brauchen, dermaßen „vors Schienbein zu treten“.

Ich erinnere an den kostenfreien Einsatz von elektronischer Autobahnsteuertechnik zur Ableitung im Staufall in der Altstadt, Errichtung



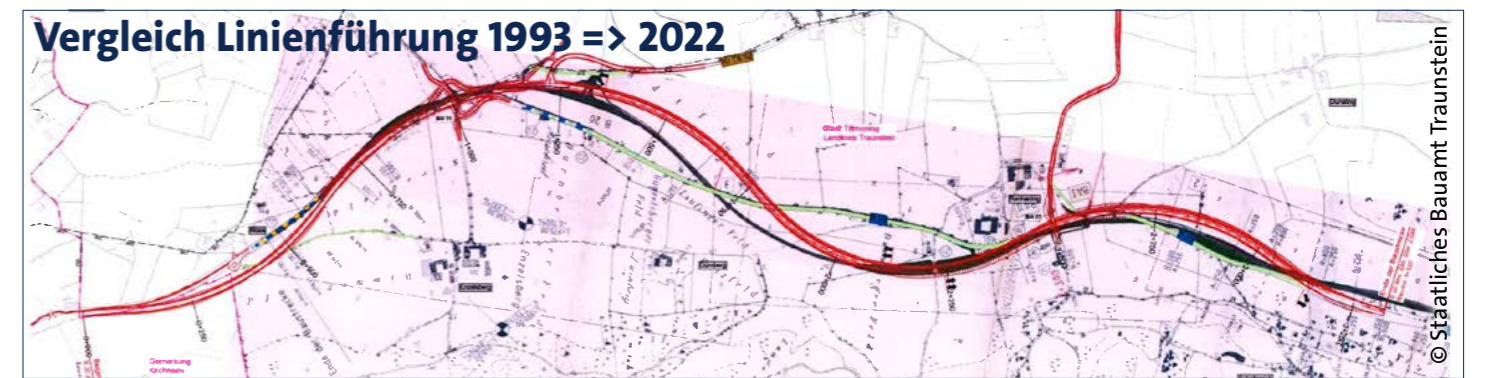
einer Einbiegespur Kay (BG Kay-Mitte), Fußgängerunterführung Kay, Radwegeanschluss in Kay, Ausbau Gerberberg, Entwicklung einer „richtigen“ Ortsumfahrung mit neuen Verkehrsknotenpunkten usw. – es ist also recht kurzfristig, gegenüber dem Staatlichen Bauamt Traunstein in dieser Weise aufzutreten, wenn man zukünftig noch viele Maßnahmen gemeinsam zu stemmen hat.

Der Ausbau ist grundsätzlich zu begrüßen

Selbst einige der Stellungnahmen der Anlieger sagen aus, dass man grundsätzlich den Ausbau begrüßt; daher müsste auch in der Stellungnahme der Stadt dieser Satz stehen: „Die Stadt Tittmoning begrüßt den Ausbau grundsätzlich!“ Danach wären Verbesserungsvorschläge aufzulisten. Stattdessen komplette Ablehnung. Es kann uns also passieren, dass im Bundesverkehrsministerium (Ausbau nach dem Bundesverkehrswegeplan – „vordringlicher Bedarf“) angesichts der vielen Millionen Euro, die dafür ausgegeben werden müssen, ein kluger Staatssekretär unsere Stellungnahme liest und angesichts der Verkehrszahlen (die woanders wesentlich höher sind) vorschlägt, auf den Ausbau vorerst zu verzichten und an anderer Stelle zu bauen. Dann geht es uns wie der Stadt Laufen, der in den 80er Jahren vom Straßenbauamt kostenfrei drei Varianten für eine Ortsumfahrung vorgeschlagen wurden. Alle schlug der damalige Stadtrat aus. Das Ergebnis ist bekannt: Erst Jahrzehnte danach ist eine Ortsumfahrung jetzt wieder in den Bereich des Machbaren gerückt.

Zusammengefasst: Diese Stellungnahme kann uns, wenn es schlecht läuft, in der Zukunft nochmal sehr wehtun. Denn der Straßenverkehr wird zunehmen, der Schwerlastverkehr sowieso. Die meisten, die brav die Hand gehoben haben, die eine Stellungnahme zu Flächenverbrauch und zum Verlust landwirtschaftlicher Flächen abgegeben oder den Wunsch nach einem neuen Fahrradweg formuliert haben, fahren moderne, dicke Autos, die mit ihrer Breite die heutigen Standards nötig machen.

Mit den Punkten 2 bis 6 (Verzicht auf eine dritte Überholspur, Lärm-messungen, Lärmschutzmaßnahmen, Wunsch nach Ausgleichsflächen und Fahrradwegen, Zulässigkeit landwirtschaftlichen Verkehrs) konnte die SPD mitgehen, mit Punkt 1 nicht, da dieser Punkt schlichtweg falsch ist: Wir können nicht im Bestand der 60er Jahre regelkonform neue Straßen bauen, sondern nur am derzeitigen Bestand orientiert. Genau dies hat das Staatliche Bauamt vor. Daher ist die offizielle Stellungnahme der Stadt Tittmoning höchst scheinheilig. Wir sollten anders mit Behördenvertretern umgehen, die dafür sorgen, dass unsere Verkehrsinfrastruktur auch in Zukunft funktioniert.



Energiewende in Bayern: Die „Jahrhundertchance“ an der Salzach ist eine Nullnummer der CSU

Vor gut einem Jahr auf der Tittmoninger Salzachbrücke waren sie alle da: die Herren Ministerpräsident, Landrat und Altlandrat, die Frau Landwirtschaftsministerin, die beiden Bürgermeister links und rechts der Tittmoninger Salzachbrücke sowie Dr. Karl Heinz Gruber vom Energieunternehmen Verbund AG: „Heimatwasserkraft“ und „Jahrhundertchance“ waren die Stichworte, wir investieren kurz mal 100 Millionen Euro für ein neues Salzachkraftwerk, fertig ist die Energiewende rund um Tittmoning.

Vor mehr als zehn Jahren kursierten CSU-Unterschriftenlisten, um die energetische Nutzung der Salzach im Tittmoninger Becken voranzutreiben. Zu einer Sondersitzung des Tittmoninger Stadtrates am 26.06.2012 wurden Robert Wührer von den Grenzkraftwerken und Dr. Markus Aufleger von der Uni Innsbruck geladen, um fachlich Stellung zu nehmen. Auch warb man damals für neue Anlagen zur Wasserkraftnutzung in Form von überströmten Fließgewässerkraftwerken. Schon damals stellte die SPD-Fraktion aus Dirk Reichenau, Wolfgang Eler und Willy Böhm die Frage, inwieweit die geplante und von den Wasserwirtschaftsämtern seit Jahrzehnten betriebene Flussanierung mit einer Wasserkraftnutzung überhaupt vereinbar sei. Den Neubau von Querbauwerken in bislang frei fließenden Gewässerabschnitten zum Zweck der Energieerzeugung schloss das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit immer kategorisch aus. Auch konnten die geladenen Fachleute damals nicht plausibel erklären, ob dieser Kraftwerkstyp mit überströmten Strommodulen wirtschaftlich arbeiten kann, insbesondere bei längerer Niedrigwasserführung und schnell auftretenden Hochwassersituationen. Auch wurde damals nicht abschließend geklärt, wie es möglich ist, bei Fallhöhen von 2,5 bis 3,5 Metern „grundlastfähigen“ Strom zu erzeugen. Außerdem wurde die Chance vertan, im Rahmen des Baus einer Sohlschwelle bei Triebenbach, die den Fluss stabilisieren sowie die fortwährende Eintiefung und damit den befürchteten Sohldurchschlag bremsen sollte, diesen Kraftwerkstyp einzubauen. Den Kompromissvorschlag der SPD, Wasserkraftnutzung aus-



schließlich mit der Notwendigkeit von weiteren Sohlschwellen zu verbinden, scheiterte an den grünen und schwarzen Stimmen. Eine damals geplante zweite Sohlschwelle auf Höhe Saaldorf kam nicht mehr zur Umsetzung, weil die Wasserwirtschaftsämter nachwies, dass Uferaufweitungen (wie jetzt gut sichtbar nördlich der Tittmoninger Brücke) ebenfalls zur ökologischen Aufwertung und Stabilisierung der Sohle beitragen. Daneben wurden in der Flussschleife in Höhe der Laufener Altstadt Sohlbefestigungen eingebaut. Was treibt also die CSU um? Diese Antwort gibt die CSU selbst: Bayerns jetzige Landtagspräsidentin Ilse Aigner gab „Zeit Online“ am 10.08.2022 Folgendes zu Protokoll: Sie habe schon immer den Widerstand der CSU gegen neue Stromtrassen in Bayern kritisiert. Nur so sei man in der Lage, an den Windstrom aus Norddeutschland heranzukommen. Es sei ein Fehler gewesen, sich ausschließlich von Atomkraftwerken und Gaslieferungen aus Russland abhängig zu machen. Fest steht, dass die CSU in den letzten Jahrzehnten in Sachen Energieversorgung immer den leichtesten Weg gegangen ist.

Fakt ist: Kernkraftwerke abschalten, dringend notwendige Stromtrassen als „Monsterbauwerke“ abqualifizieren, um Kommunalwahlen zu bestehen, Pumpspeicherkraftwerke verhindern und den Windkraftausbau in Bayern verzögern – das ist die wahre CSU-Energiepolitik. An diesem Totalversagen werden auch vollmundige Ankündigungen auf der Tittmoninger Salzachbrücke nichts ändern.

Richtig und wichtig wäre es, dem weitgehend kanalartig dahinströmenden Fluss wieder mehr Platz und naturnähere Ufer zu verschaffen. Denn die Salzach hat nicht mehr die Aufgabe des 19. Jahrhunderts, ausschließlich eine per Staatsvertrag in ein enges Korsett gezwängte Staatsgrenze zu sein.

Auch sollte in Bayern endlich verstanden werden, dass Energiepolitik auf Bundesebene durch die Bundesregierung neu justiert wird. Auch in Bayern sind Änderungen möglich; Wasserkraft wird aufgrund der mangelnden Ausbaupotenziale nicht die große Rolle spielen, die Ausbaupotenziale der Windkraft wären deutlich höher, wie dies der Verband der bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) bekräftigt. Der VBEW-Geschäftsführer Detlef Fischer sagt: „Wir warnen entschieden davor, den einen Energieträger gegen den anderen Energieträger irgendwie auszuspielen.“ Während das Ausbaupotenzial der Wasserkraft also begrenzt bleibt, ist ihr bestehender Beitrag zur bayerischen Stromversorgung mit ungefähr 15 % erheblich, wurde aber 2020 von der Photovoltaik überholt. Auch grundlastfähige Pumpspeicherkraftwerke, die zwar keinen neuen Strom produzieren, aber Strom aus Wind und Sonne speichern können, scheitern an mangelndem Rückhalt durch die bayerische Staatsregierung, weil sie solche Projekte nicht öffentlichkeitswirksam unterstützt. Die Salzach fließt von Salzburg bis zu ihrer Mündung in den Inn auf mehr als 50 Kilometern frei dahin. Damit ist sie etwas Besonderes. Es wäre also klug, die Salzach wieder als aktivem Lebensraum für seltene Tiere und Pflanzen weiter zu aktivieren, wie es unsere Wasserwirtschaftsämter vorbildlich tun. Schon jetzt ist die Salzach sowohl Schutz- wie auch Naherholungsgebiet. Auf österreichischer Seite liegt zudem der Naturpark Salzachauen.

Ein neues Wasserkraftwerk würde das Ende für eine naturnahe Weiterentwicklung der Salzach bedeuten. *Dirk Reichenau*

So wählen Sie richtig!



Markus Aicher Kinderpfleger, Teisendorf
Kleiner weißer Stimmzettel (Erststimme Landtagswahl)
Stimmkreis Berchtesgadener Land 112, Wahlvorschlag Nr. 5 (520)

Michael Reiter Gesundheits- u. Krankenpfleger, Freilassing
Kleiner blauer Stimmzettel (Erststimme Bezirkstagswahl)
Stimmkreis Berchtesgadener Land 112, Wahlvorschlag Nr. 5 (509)

Sepp Parzinger Sozialarbeiter, Bergen
Großer weißer Stimmzettel (Zweitstimme Landtagswahl)
Wahlvorschlag Nr. 5 (SPD), Nr. 503

Daniela Baumann Med. Fachangestellte, Trostberg
Großer blauer Stimmzettel (Zweitstimme Bezirkstagswahl)
Wahlvorschlag Nr. 5 (SPD) Nr. 512